

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1926**

531 (16.11.1926) Morgenausgabe



Bezugspreis: frei ins Haus halbjährlich 1.50 M. im Voraus oder in den Zweimonaten abbezahlt 1.40 M. Durch die Post monatlich 2.50 M. auswärts 2.75 M. ...

Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbretteste Zeitung Badens

Karlsruhe, Dienstag, den 16. November 1926.

Eigentum und Verlag von: Ferdinand Ebner & Co. ...

Baden und der Finanzausgleich.

Forderung einer klaren Verteilung der Zuständigkeiten und Aufgaben des Reiches, der Länder und Gemeinden. — Für einen gesunden Föderalismus.

Eine Rede des Finanzministers.

Karlsruhe, 15. Nov. In der heutigen Sitzung des Landständischen Ausschusses kam Finanzminister Dr. Köhler bei einer Erörterung der Finanzlage unseres Landes auch auf den ersten Entwurf des provisorischen Finanzausgleichs zu sprechen und sagte dazu:

Die Regelung des Finanzausgleichs scheint die innerpolitische Frage der nächsten Zeit geben zu sollen und zwar sowohl finanzpolitisch wie staatspolitisch. Durchaus mit Recht. Die Länder und Gemeinden müssen verlangen, daß auf ihre Verpflichtungen auf den verschiedensten Gebieten öffentlicher Betätigung gebührende Rücksicht genommen und der finanzielle Ausgleich danach gestaltet werde. Der erste Entwurf des provisorischen Finanzausgleichs, den der Reichsfinanzminister in der letzten Zeit vorlegte, hat auf diese Lebensnotwendigkeit der Länder und Gemeinden nicht die erforderliche Rücksicht genommen — weder finanziell noch staatspolitisch. Die in der Besprechung der Finanzminister der Länder mit dem Reichsfinanzminister von letzterem gewährten Zugeständnisse können nicht befriedigen. Daß vom 1. April 1927 an die Länder von der unterliegenden Erwerbslosenfürsorge befreit sein wollen, hat Baden in diesem Etat für 1927 schon berücksichtigt; man hat bei der Etatsaufstellung sogar angenommen, daß die Länder spätestens vom 1. Dezember 1926 an von dieser gewaltigen Last befreit würden. Daß die letzte Garantie für die Überwälzungen aus der Umsatzsteuer in dem provisorischen Finanzausgleich fallen soll, ist für Länder und Gemeinden auch nicht durch eine Erhöhung der Gesamtgarantie auf 2.400 Millionen tragbar, umso weniger, als ihre Etats durch die Erwerbslosenfürsorge außerordentlich stark in Mitleidenhaft gezogen worden sind. Die Entlastung der Reichsfinanzen, auf deren Ertragskraft die Länder und Gemeinden Anspruch haben, kann nicht fortgesetzt und dabei gleichzeitig verlangt werden, daß auch die Grund- und Gewerbesteuern in den Ländern und Gemeinden gesenkt werden. Die letzteren Steuern müssen aber herunter, da sie unzuverlässig an der Grenze angekommen sind. Man muß deshalb Ländern und Gemeinden die Möglichkeit der Entlastung geben — nicht nur durch Reden oder entsprechende reichsgerichtliche Festlegung, sondern dadurch, daß man bei der Festsetzung der Höhe der Reichsfinanzen auf diese Tatsache Rücksicht nimmt.

Ueber die rein finanzpolitische Bedeutung weit hinaus ging aber der erste Entwurf des Reichsfinanzministers. Glaube er doch, auf dem Wege über den vorläufigen Finanzausgleich große staatspolitische Probleme zur Lösung bringen zu können. Die gesamte Struktur des Reichs, Militarismus oder Föderalismus, standen plötzlich zur Diskussion und Entscheidung. Durch die vorgelebene Aufhebung des bisherigen § 35 wären die finanzschwachen und kleineren Länder zum Erliegen und Aufgaben ihrer Eigenstaatlichkeit gebracht worden. Man kann sich nur wundern, daß der Reichsfinanzminister glaubte, mit dieser Taktik zum Ziele zu kommen. Daß sich die Länder gegen diese Absicht aufs Heftigste zur Wehr setzen würden, war klar. Was er mit diesem nun zunächst wieder ausgegebenen Vorgehen erreicht hat, war lediglich Beunruhigung und Mißtrauen, und zwar auch bei den Ländern, die, wie Baden, von einer Aufhebung des § 35 nichts zu fürchten haben. Gewiß, über die Lage der finanzschwachen Länder muß eine Entscheidung kommen. Auf die Dauer ist die plumpe Alimantationspolitik für kein Land möglich. Sie stellt die Länder vor die Türen des Reichsfinanzministeriums und des Reichstags als Bettler — eine die Würde eines Landes geradezu mit Füßen tretende Situation. Aber unmöglich ist es, auf dem Wege über das Provisorium des Finanzausgleichs diese hochpolitische staatspolitische Frage lösen zu wollen. Ich bekenne mich zu einem gesunden Föderalismus, in dem ich allein die innere Ordnung und die Zukunft Deutschlands gesichert sehe. Ich bin nicht der Auffassung, daß die jetzige Struktur Deutschlands für alle Zeiten zu gelten habe. Eigenstaatlichkeit hat schließlich doch zur Voraussetzung, daß das betreffende Gebilde auch selbst zu erhalten vermag. Erhaltung der Eigenstaatlichkeit auf Kosten anderer ist auf die Dauer untragbar. So weit kann auch die besagte Solidarität nicht gehen. Ich bin auch nicht der Meinung, daß die Steuerüberweisungen ein einziger und alleiniger Weg zur Höhe der Ausgaben der Bundesländer zu richten haben. Würde das eingeführt werden, dann wären diejenigen Länder, die ihre Verwaltung durchgreifend vereinfacht haben und die auch weiterhin darnach streben, mit einem Mindestaufwand auszukommen, geradezu die Heringsfellen. Das Land Baden z. B. hat beim allgemeinen Stellen- und Personalabbau 25% seiner Amtsbezirke (Landratsbezirke) abgebaut. Wir haben starke Eingriffe in den Personalbestand bei allen Verwaltungen vorgenommen; das muß sich jetzt natürlich bei uns auch entsprechend auswirken. Kein Mensch würde sich aber mehr um irgend eine Verwaltungsreform kümmern, wenn er wüßte, daß das Reich die Einnahmen ja doch zur Verfügung stellt. Wir haben ja Erfahrungen auf diesem Gebiete aus der Zeit der Gewährung von Besoldungszuschüssen an die Länder und Gemeinden. Die Zeitstragenden in der ganzen Sache wären die Steuerzahler. Aber — und das scheint mir das Allerwichtigste bei der Erörterung der ganzen Angelegenheit — die Ueberweisungen, insbesondere aus denjenigen Steuern, die früher den Ländern zustanden, müssen nach der klaren Bestimmung des Artikels 8 der Reichsverfassung in einer Höhe erfolgen, die noch ein eigenständliches Leben gestattet.

Und endlich: Derart tief in das Gefüge des Reichs eingreifende Fragen können nicht gleichsam hinten herum ohne den Willen der Bevölkerung im provisorischen Finanzausgleich dadurch erledigt werden, daß man den finanzschwachen Ländern einfach die Luft entzieht. Die ganze Angelegenheit ruft nach endgültiger Erledigung. Mit längerem Fortwursteln geht es wirklich nicht mehr.

Wir brauchen baldigt eine klare Verteilung der Zuständigkeiten und Aufgaben des Reiches, der Länder und Gemeinden und danach auch eine entsprechende Verteilung der Steuerquellen. Wir brauchen Klarheit auch in staatspolitischer Beziehung: einheitsstaatliches

oder bundesstaatliches System. Der Weg zu dieser Klärung kann aber nur über die Weimarer Verfassung führen, die den Ländern das Leben garantiert und für Änderungen den Artikel 18 mit der Volksabstimmung geschaffen hat. Möge man sich in der Reichsleitung der außerordentlich schweren Bedeutung dieser Dinge durchaus bewußt sein.

Insbepondere in Süddeutschland wird man eifersüchtig darüber wachen, daß die in der Verfassung garantierten Rechte der Länder auch respektiert werden.

Wenn man den Einheitsstaat auch in der Reichsregierung erstrebt, dann möge man mit offenen Karten spielen. Im übrigen scheint mir gerade im gegenwärtigen Augenblick die Behandlung dieses Themas recht ungeeignet. Die in diesen Tagen erfolgte durchaus verständnislose Behandlung der Frage der Abschindungsbränner, dieser Lebensfrage hunderttausender Menschen südlich des Rheins durch das Reichsfinanzministerium mahnt zur äußersten Vorsicht. Man hat in Süddeutschland durch dieses Vorgehen wirklich nicht die Sicherheit, daß diese speziellen Interessen in Berlin mit der erforderlichen Sorgfalt behandelt werden. Während der Monopolverantwort äußerster Rücksicht nimmt auf die Verhältnisse der Großlandwirtschaft im Norden Deutschlands, und zwar nicht selten auf Kosten der Wirtschaftlichkeit des Branntweinmonopols, geht er über die Interessen der süddeutschen Kleinwirtschaft in vielen Fällen rücksichtslos hinweg. Man wird sich in den maßgebenden Stellen darüber klar sein müssen, daß auf diese Weise das Vertrauen der weit von der Zentrale liegenden Länder nicht gerade besonders gestärkt wird. Das Land Baden hat nie zu den Reichsverteidigern gehört und ist gewillt, auch jetzt seine Pflichten loyal zu erfüllen; es kann und muß deshalb aber auch verlangen, daß die finanz- und die staatspolitischen Fragen unter Rücksichtnahme auf seine besonderen Verhältnisse behandelt werden.

Finanzausgleichsverhandlungen.

Bayerische Minister nach Berlin unterwegs.

München, 15. Nov. Wie die Münchener Pressestelle mitteilt, werden Ministerpräsident Dr. Held, Finanzminister Dr. Krausnick und Innenminister Stülcken zur Fortsetzung der Finanzausgleichsverhandlungen heute abend 9.40 Uhr nach Berlin abreisen.

Der Reichstag baut.

Auch eine Illustration zum Kapitel Sparbarkeit.

m. Berlin, 15. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Im Zeichen der allgemeinen Sparbarkeit kann natürlich auch der Reichstag sein Ausdehnungsbedürfnis nicht zurückhalten. Die Räume sind ihm zu eng geworden. Er sucht sich nach Erweiterung und hat deshalb einige Grundstücke angekauft, auf denen nicht nur Gebäude mit neuen Büroräumen, sondern auch mit Hotelzimmern aufgeführt werden sollen, die den Abgeordneten ein bequemes, billiges Wohnen ermöglichen. Außerdem beantragt die Bibliothek mehr Platz, welche auch zum Teil in diesen neuen Räumlichkeiten untergebracht werden soll. Vorerhand sind allerdings lediglich die Grundstücke gekauft, und der kommende Haushaltsplan wird einen Posten von 50 000 R.M. zu Bauvorbereitungen enthalten. Es macht aber den Eindruck, als ob der Reichsfinanzminister im Begriffe ist, mit dem Reichstag einen Kuhhandel einzugehen und ihm Zugeständnisse wegen dieser Neubauten zu machen, wenn dafür der Reichstag dem Ankauf des Kaiserhofes zustimmt. Gegen solche unerbittliche Geschäfte muß die Öffentlichkeit rechtzeitig Einspruch erheben. Außerhalb des Reichstages wird niemand einsehen, daß überhaupt ein Bedürfnis für den Neubau vorliegt. Zugegeben, daß der Platz etwas eng ist, aber schließlich ist das hohe Haus ja nicht für beinahe 500, sondern nur für 400 Abgeordnete berechnet, und 400 wären noch mehr als genug. Man brauchte also nur den Wahlkoeffizienten etwas zu erhöhen, um das ganze Bauproblem zu lösen. Auch die Bibliothek könnte sich ruhig auf Spezialfragen beschränken, die den Reichstag interessieren, ohne sich allzuleb ins Allgemeine zu verlieren; dann würde sie gleichfalls mit ihrem Raum auskommen. Jedenfalls wäre es unverantwortlich, wenn für betrieblige, nicht unbedingt notwendige Zwecke wieder einige Millionen ausgegeben würden.

Ueberschwemmung auf Kuba.

Bisher 16 Tote.

M. New York, 15. Nov. Wie aus Havana gemeldet wird, sind die Landstädte Ostkubas von Hochwasser schwer heimgesucht worden. Neben ungeheuren Sachschäden wurden bisher 16 Tote gemeldet.

Eine Abfuhr für Marschall Foch

König Albert dementiert . . .

F. H. Paris, 15. Nov. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der König Albert von Belgien entschloß sich zu einem Schritt, der allgemein Aufsehen erregt wird. In einem am 11. November im „Matin“ veröffentlichten Interview hatte Marschall Foch behauptet, daß er es gewesen wäre, der im November 1914 König Albert den Rat gegeben habe, sich von der West-Front mit seinen Truppen nicht zurückziehen, sondern Stand zu halten. König Albert dementiert diese Nachricht als frei erfunden. In einem offenen Brief an den Marschall Foch schreibt er:

„Ich las mit Erstaunen das, was der „Matin“ über eine Besprechung veröffentlichte, die Sie mit ihm hatten. Daraus würde hervorgehen, daß im November 1914 ich die Absicht gehabt hätte, den Rückzug der Armee anzuordnen, wenn Sie nicht in geeigneter Weise eingegriffen hätten. Ich erinnere Sie daran, daß ich am 14. Oktober zum ersten Male Ihren Besuch empfing. Die belgische Armee kannte bereits seit drei Tagen meine Proklamation, wonach jeder als Verräter am Vaterland betrachtet werden würde, der das Wort Rückzug aussprechen wolle. Schon am Vorlage hatte die Armee den Befehl erhalten, um jeden Preis die Westlinie zu halten. Die strengste Strafe wurde jedem militärischen Führer angedroht, der einen Rückzugsbefehl geben würde. Am 26. Oktober kämpften die belgischen Truppen unter sehr kritischen Umständen, und dies veranlaßte den Generalstabschef, den Rückzug auf eine weiter rückwärts gelegene

Linie in Aussicht zu nehmen. Aber Sie, Herr Marschall, wissen, daß dieses Projekt niemals meine Billigung erhielt, und alles das geschah übrigens im Oktober und nicht im November. Was das Dokument anbelangt, das Sie mir zurückgelassen haben wollen, und welches Ihre Ratsschlüsse enthält, so kann ich mich an ein solches überhaupt nicht erinnern.

Natürlich weiß ich, daß die Sache der Alliierten Ihrer Energie und Ihrem Eintreten bei Marschall Joffre es zu verdanken hatte, daß die notwendigen Hilfsstruppen abgefordert wurden, und ich halte es für meine Pflicht, Ihnen neuerlich die Dankbarkeit auszusprechen, die wir alle für Ihre Hilfe empfinden. Aber Sie, Marschall von Frankreich, die Verkörperung ritterlicher Tugenden einer vornehmen Nation, werden einsehen, daß ich die Pflicht habe, das Ansehen meiner Offiziere und Soldaten zu wahren, deren Tapferkeit und Hartnäckigkeit in erster Linie der glückliche Ausgang der Westschlacht zu danken ist.

Man kann begierig sein, was Marschall Foch, auf dieses schlagkräftige Dementi erwidern wird.

Marschall Foch leugnet das Interview ab.

F. H. Paris, 15. Nov. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Zu dem Brief des Königs Albert von Belgien wegen der Haltung der belgischen Truppen in der Westschlacht erklärt Marschall Foch, daß er überhaupt kein Interview gegeben habe und daß er sonst im Augenblick nichts zu sagen habe.

Die Einnahmen des Reichs.

\* Berlin, 15. Nov. (Funktspruch.) Die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben belaufen sich im Oktober im ganzen auf 741 034 097,79 Mark (April bis Oktober 4 100 644 815,02 Mark). Voranschlag für Einnahmen im Rechnungsjahr 1926 6 555 300 000 Mark). Von diesen Einnahmen entfielen auf Besitz- und Verkehrssteuern für den Monat Oktober 534 881 793,28 Mark (April bis Oktober 2 770 216 217,43 Mark). Voranschlag 4 506 000 000). Hier von erbrachten fortdauernde Steuern den Betrag von 223 575 016,05 Mark. (April bis Oktober 2 735 972 676,29 Mark. Voranschlag 4 476 000 000). Einmalige Steuern ergaben 11 306 777,23 Mark (April bis Oktober 34 243 450,14 Mark. Voranschlag 30 000 000). Zölle und Verbrauchsabgaben erzielten die Summe von insgesamt 3 745 834,41. (April bis Oktober 35 718 135,09. Voranschlag 52 300 000). Der Rest von 13 819,48 (April bis Oktober 188 997,37) ergab sich aus sonstigen Abgaben.

Reichsregierung und Hohenzollernvergleich.

\* Berlin, 15. Nov. (Funktspruch.) Halbamtlich wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung es ablehnt, eine von den Kommunisten Söder und Thälmann im Reichstag eingebrachte Interpellation über die zwischen dem Preussischen Staate und dem vormals in Preußen

regierenden Königshause zustandgekommene vermögensrechtliche Auseinandersetzung zu beantworten. Die Reichsregierung sieht keine Veranlassung, zu diesem Abkommen, das eine Angelegenheit des preussischen Staates ist, Stellung zu nehmen. Von einer geplanten Rückkehr des ehemaligen deutschen Kaisers ist der Reichsregierung nichts bekannt.

Der Direktor der deutschen Luftflanz bei Mussolini

\* Berlin, 15. Nov. (Funktspruch.) Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, hat der italienische Ministerpräsident den Direktor der deutschen Luftflanz, Bronsky, in Gegenwart des deutschen Botschafters in Rom zu eingehender Besprechung der deutsch-italienischen Zusammenarbeit auf dem Luftverkehrsgebiet insbesondere zwischen der deutschen Luftflanz und dem Aero Club Italiano empfangen.

Dr. Luthier in Paragan

J.N.S. Muncion (Paragan), 15. Nov. (Eigener Kabeldienst.) Der ehemalige deutsche Reichsminister Dr. Luthier ist in Muncion, der Hauptstadt von Paragan, angekommen.



Die Militärkontrolle.

Die wahren Absichten Frankreichs.

F. H. Paris, 15. Nov. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Das "Journal" ist heute aufrichtig genug, den wahren Grund anzugeben, warum die interalliierte Militärkontrollkommission noch immer nicht aus Deutschland zurückgezogen werden kann.

Die interalliierte Militärkontrollkommission habe keine Bedeutung mehr seit dem Tage, da Deutschland in den Genfer Völkerbund aufgenommen wurde. Alle Redereien über diese dienen nur dazu, den wesentlichen Punkt zu verdunkeln, um den es sich eigentlich handelt.

Die Streifpunkte.

F. H. Paris, 15. Nov. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der englische Botschafter in Paris, Lord Crewe, wurde heute Abend von Briand empfangen. Die Frage der Abrüstung Deutschlands wurde eingehend besprochen.

Die katalonischen Verschwörer in Paris.

F. H. Paris, 15. Nov. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) 26 katalonische Verschwörer kamen heute in Paris an und wurden sofort in das Untersuchungsgefängnis gebracht.

Dichter als Vorleser.

Interessante Aufzeichnungen.

Einmal, da es noch keine gedruckten Bücher gab, kamen die Dichter nur durch das aus eigenem oder fremdem Mund gesprochene Wort zum Volke; der Rhythmus der Rede, die Melodie der Stimme, die Gestik der Hand, die Mimik des Gesichts, all das wirkte zusammen, um den Zuhörer zu fesseln.

Der Dichter am Vortagstisch ist erst in den letzten Jahrzehnten zu einer öffentlich häufiger zu sehenden Erscheinung geworden. In keinem Kreise ist er schon immer als Interpret seiner eigenen oder auch fremder Gestaltungen aufgetreten.

Berühmt ist die Zeichnung Viktor Peter von Heideloffs, die Schiller bei der Vorlesung der "Räuber" im sogenannten Vorleserwäldchen bei Stuttgart, von den eingeweihten Freunden umgeben darstellt. Die anfänglich ruhige Deklamation des Dichters freizerte sich in der fünften Szene des vierten Aktes, wo der Räuber Moor mit Erschrecken seinen totnahelstehenden Vater vor dem Turme anredet, in dem Grade, daß seine Freunde, deren Erinnerung der

der Katalonier mitsprechen wollten. Garibaldi hätte mit der Annahme der Italiener, die den Putsch mitmachen wollten, nichts zu tun gehabt. Ricciofi behauptete, daß er die Italiener angeworben hätte. Die Katalonier scheinen übrigens sehr guter Laune gewesen zu sein. Sie verteilten, bevor sie vom Untersuchungsrichter gehört wurden, unter die Journalisten die neuen katalonischen Fahnen sowie Briefmarken. Dann begannen sie sogar die katalonische Hymne zu singen. Sie erzählten, daß Garibaldi erst vor wenigen Tagen über das Unternehmen unterrichtet worden sei, das aber seit drei Jahren vorbereitet werde. Geld habe Garibaldi für dieses Unternehmen nicht zur Verfügung gestellt.

Demission des belgischen Finanzministers.

F. H. Paris, 15. Nov. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der belgische Finanzminister Franqui überreichte dem König heute seine Demission die sofort angenommen wurde. Der Finanzminister Soutard wird gleichzeitig Schatzminister werden und der liberale Abgeordnete von Antwerpen, Pecher, wird Kolonialminister.

Der deutsche Wahlerfolg in Oberschlesien.

T. U. Gleiwitz, 15. Nov. Die in den heutigen Vormittagsstunden eingelaufenen Resultate von den gestrigen Gemeindevahlen auch aus kleineren Ortschaften lauten in Polnisch-Oberschlesien durchweg für die deutschen Listen günstig. Es ist auf der ganzen Linie ein großer Sieg der Deutschen erschollen worden und zwar mit einer Durchschnittsmehrheit von 60 Prozent.

Polnische Bestürzung.

T. U. Warschau, 15. Nov. Die Nachrichten über den großen deutschen Erfolg bei den Neuwahlen in Oberschlesien sind in Warschau so spät eingetroffen, daß die Presse noch gar nicht redaktionell dazu Stellung nehmen konnte. Nur in den Telegrammen der Agenturen und Berichterstatter äußert sich vorläufig die große Bestürzung über die politische Niederlage.

Die Bürgerchaftswahlen in Lübeck.

T. U. Lübeck, 15. Nov. Die Bürgerchaftswahlen in Lübeck zeigen nach dem jetzt vorliegenden vorläufigen Ergebnis folgendes Bild: Sozialdemokraten 31 839 Stimmen, 35 (28) Mandate; Kommunisten 4751 Stimmen, 5 (10) Mandate; Demokraten 1719 Stimmen, 2 (7) Mandate; Linke Geister 698 Stimmen, 0 (3) Mandate; Zentrum 681 Stimmen, 1 (0) Mandate; Hanseatische Volkspartei 32 940 Stimmen, 38 (32) Mandate; Aufwertungspartei 977 Stimmen, 1 (0) Mandate; Kriegsschädigte 638 Stimmen, 0 (0) Mandate. Wahlbeteiligung 75 Prozent. Der Hanseatische Volksbund wird damit die stärkste Fraktion der kommenden Bürgerchaft bilden. Als Vergleichsziffer für die erreichten Mandate kann man die Sitze der im Jahre 1924 gebildeten Wirtschaftsgemeinschaften eines Teiles des Hans- und Grundbesitzes und der wählbaren Gruppe annehmen, die zusammen 32 Mandate hatten.

Ekener und die Arktisforscher.

\* Berlin, 15. Nov. (Zuspruch.) Der "Berliner Lokalanzeiger" berichtet über eine Unterredung mit Dr. Ekener, in der dieser bestätigt, daß der Luftschiffbau Zeppelin mit der Studiengesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftschiff nichts zu tun habe, weil diese nicht mit, sondern gegen den Luftschiffbau Zeppelin arbeite. Die Behauptung eines Vorstandmitgliedes der Gesellschaft auf der letzten Tagung, daß die Zeppelngesellschaft für zwei Polarexpeditionen zur Verfügung gestellt habe, sei eine bewusste Irreführung. Ekener schildert dann die Vorgeschichte seines Konfliktes mit der Studiengesellschaft, durch die die Zeppelngesellschaft mehrfach kritisiert worden sei. Er hoffe, sein großes Zeppelinluftschiff allein zu bauen und mit deutschen Gelehrten eine Polarexpedition auszuführen. Es sehe ihm danach aus, als ob die Studiengesellschaft und die Zeppelngesellschaft nie wieder zusammenkommen könnten.

Sindenburgs Gruß an die „Emden“.

\* Berlin, 15. Nov. (Zuspruch.) Der Reichspräsident hat dem Kreuzer Emden, der gestern zu einer 17monatigen Weltreise in See gegangen ist, folgenden Zuspruch zugehen lassen: „Dem Kreuzer Emden, seinen Offizieren und Mannschaften, entbiete ich zur Weltreise meine herzlichsten Glückwünsche und kameradschaftlichen Grüße. Ich bin gewiß, daß das Schiff dem ruhmreichen Namen, den es trägt, und unserm Vaterland überall in der Welt Ehre machen wird.“

Der deutsche Kreuzer „Emden“ trat am 14. November seine erste Weltreise an. Die „Emden“ ist — wie man wissen wird — der erste Neubau der Reichsmarine, der unter der Dispositionsbeschränkung des Versailleser Vertrages entworfen wurde. Zu einer Zeit, wo die anderen Nationen auf Größen von 8000 bis 10000 Tonnen übergehen, mußten wir uns auf 6000 Tonnen beschränken. Trotzdem kann der Kreuzer sich infolge Ausnutzung der neuesten Fortschritte der Technik sehr wohl mit allen modernen Kreuzern anderer Nationen vergleichen lassen.

Im Monatsblatt des Deutschen See-Vereins, „Die See“, wird an die ruhmvolle Tradition der „Emden“ erinnert: „Im sogenannten Schloßhofe der „Emden“ — heißt es da —, dem Eingangsräum zur Kommandantenkajüte und der Offiziersmesse, hängt unter Glas und Rahmen die Tafel, die der Admiral Jenker bei dem Stapellauf des Kreuzers gehalten hat. Es heißt darin: „Von besonderer Klänge und der Gegenwart überragender Bedeutung ist für uns der Name „Emden“ durch den Kreuzer geworden, der zuerst diesen Namen getragen hat. So oft zu uns Kunde drang von den Taten der „Emden“ da draußen im Indischen Ozean, haben die deutschen Herzen höher geschlagen voll Stolz, ob der Kühnheit dieses Kreuzers, dem auch die Gegner ihre Achtung nicht versagten. Der Name des Schiffes „Emden“ wird nicht verklingen, solange Deutsche zur See fahren. So trägt bu neuen Schiff, in seinem Namen ein großes, hehres Vermächtnis, das jeder, der zu deiner Bekanntschaft gehört, zu erfüllen hat. Welche Meere auch dein Kiel durchfährt, in welchem Hafen auch dein Anker fällt, überall bewahre dich und wirle der alte „Emden“-Geist für Deutschlands Ansehen und Wohlfahrt.“

Schweres Autounglück.

T. U. Magdeburg, 15. Nov. Ein schweres Autounglück ereignete sich gestern nachmittag auf der Kieler Chaussee kurz vor Quickborn. Das von Kiel kommende Auto des Weinhändlers Thiele wollte einem entgegenkommenden Auto ausweichen, als in demselben Augenblick ein Motorradfahrer die Stelle passierte. Die beiden Automobile stießen zusammen, wobei sich das Kieler Auto überschlug und sämtliche Insassen unter sich begrub. Von den fünf Insassen wurden drei schwer verletzt, so daß sie ins Krankenhaus überführt werden mußten. Das andere Auto wurde ebenfalls beschädigt, doch kamen die Insassen mit dem Schrecken davon.

Grubenunglück.

T. U. Essen, 15. Nov. Auf Jaese Prosper II in Soittrop wurde beim Zusammenstoß zweier Kohlenzüge im Untertagesbetrieb ein Bergmann getötet und zwei andere, die ihrem Kameraden zu Hilfe kommen wollten, schwer verletzt.

Tages-Anzeiger.

(Wäheres siehe im Interentell.)

Dienstag, den 16. November 1926.

- Vandestheater: „Ballst“, 7½-10 Uhr.
Bad. Lichtspiele — Kongresshaus: „Eidrebecker“, — Im Zauberkabarett von Rothenburg.
Colosseum: „Schloß Schmitz-Wehmer“, „Der Graf von Serravallo“, 8 Uhr.
Eintakt: „Eder“, 8 Uhr.
Der Jahreszeiten: „Faganani-Julius“, Dr. Karl Bräuner, 8 Uhr.
Erbsenbühne: „Bogdan-Botras“, Dr. med. Karl Sörg, 8 Uhr.
„Nos von der Kranke“, 8 Uhr.
Geogr. Gesellschaft: „Erdkundevortrag über „Cuba und Jamaika“ im Geolog. Hörsaal der Techn. Hochschule, 8 Uhr.
Königliche Erbsenbühne: „Mittwochversammlung und Vorträge“, Serravallo, 8 Uhr.
Näherer (Korallenrotte): „Tanz“, 4 Uhr.
Näherer-Lichtspiele: Die Klammern lägen; St. Bernhard, Hölzli u. Gunde.
Palast-Lichtspiele: „Ballische Scham“, 4 Epiloden aus dem Tagebuch eines Arztes.
Rammer-Lichtspiele: Kreuzung des Weibes.
Zentral-Lichtspiele: Jodie, Der kleine Robinson; Sech's lange Tage.
Rammer-Lichtspiele: Kreuzung des Weibes.
Union-Theater: Die elf Schilling'schen Offiziere.
Königliche Lichtspiele: Und es lockte der Ruf der sündigen Welt; Der Prinzeßgemahl.

Von neueren Dichtern dürfte kaum einer von Bedeutung dem Vortragstisch ferngeblieben sein. Wer hätte nicht zugegen sein mögen als Hartleben in der literarischen Gesellschaft zu Halle die entzückend freie Geschichte von Moritz, dem Sorlimenter vorlas, von Lagen geschildert, während die biedersten Hallenser bis auf drei junge Damen, die strahlenden Augen jedes Wort von seinen Lippen laßen, ostentativ den Saal verlassen, wie uns Selma Harlsleben überliefert hat. Dikentron konnte als Vorleser nicht seine einstige Zugehörigkeit zum militärischen Beruf verleugnen. In seinem Kabarett las Peter Hiller aus allerhand Papieren, Formulare, Rechnungen, Scheinearten, deren Rückseite er kreuz und quer mit seinen Einfällen bestrichen hatte, vor, was er davon für mittelmäßig wert fand, mit leiser Stimme, fast flüsternd, ohne sonderliche Betonung wie ein innerlich Verunsicherter; oft fand er sich selbst in seiner Schreiberei nicht zurecht, stockte und stotterte. Wenn er aber gut im Auge war, eine trockene eine stille feine Wirkung von seinem Vortrag aus, allerdings nur für die, die sich ganz ihm hinab, so wird er uns von Heinrich Bari geschildert. Hauptmann, Hofkammermann, Mann, Wessel: sie alle haben wir als Interpret ihrer Werke erleben können.

Schmerzlich müssen wir seit langem die Stimme Rainald Maria Rilkes. Ueber die tiefe Wirkung, die dieser als Vorleser hervorrief, erfahren wir aus dem westrichen Buche „Aus dem alten Europa“ von Helene von Knost-Walkwitz: „Es war in Jena, Jena wie in eine unbekannt, etwas wildere, freie Welt. In dem kleinen, halbdunklen Saal trat Rilke auf das Podium, in der stillen matten Tracht, die er liebte, mit der flackernden Kamotte. In diesem Anzug lag etwas von Paris, seinem geliebten Paris, von der Seine mit den kleinen Dampfbooten, die so rasch hin und her fahren, und an deren Bug oft ein melancholischer junger Mäler mit schüchternem Gesicht und erhobten Füßen stand. Rilke zog langsam dunkelbraune Handschuhe aus und erhob auf seine Zuhörer die milden tiefblauen Augen, die das übrige Gesicht ausfüllten. Dann los er von dem „berühmten Sohn“ aus „Malle Laurids Briage“. Es war wieder, wie bei allen entscheidenden Vorträgen, eine Sprache, die die geheimsten Welten im eigenen Innern zum Ringen brachte.“ F. A. H.

Von der Universität Heidelberg. Im Alter von 77 Jahren ist Geheimrat Professor Dr. phil. Wilhelm Braune nach langem Leiden am 14. November 1926 in Heidelberg im Alter von 77 Jahren im 80. Lebensjahr gestorben. Ueber drei Jahrzehnte hindurch wirkte der Gelehrte als Ordinarius für deutsche Philologie an der Heidelberger Universität. 1919 trat er in den Ruhestand. Braunes wissenschaftliche Anfänge fallen in eine Zeit, da eine neue Bewegung in der Sprachwissenschaft die sogenannte junggrammatische Richtung sich begründete. Die Zahl der Arbeiten, durch die Braune die Kenntnisse unserer Sprachwissenschaft gefördert hat, ist sehr groß.

Voranzeige des Badischen Landestheaters. Am Sonntag, den 5. Dezember, findet im Landestheater in Karlsruhe ein „Wäherer“ statt, bei der Waldemar Bonsiegs der bekannte Dichter, aus eigenen Werken — so auch aus seinem köstlichen Roman für Kinder „Die Rote und ihre Abenteuer“ — vorlesen wird.

Sohn des Zeichners die Szene nachherzählt hat, durch den Ausbruch seines Affektes in Bestürzung gerieten, durch die Grobheit seiner Arbeit aber in Erlaunen, Bemoderung und in fast endlose Heiligsbezeugungen übergingen. Dem Bericht des Schauspielers Heinrich Schmidt, der der ersten Vorlesung der „Jungfrau von Orleans“ am 24. April 1801 bewohnte, ist zu entnehmen, daß Schiller kein guter Vorleser war. Seine Worte kamen aus hoher Brust, auch hatte sich die dem Schwaben angeborene Aussprache noch nicht ganz verloren und abgeschliffen.

Ein Meister des Vortrags war Ludwig Tieck, dem nachgelassen werden konnte, daß er hierfür alles in Fülle besahe: ein herrliches, ausdrucksvolles, geschmeidiges Organ, Nuancierung des Tones für die verschiedenen Personen und Geschlechter, Seele im Auge, Phantasie, Charakteristik, Gewalt der Leidenschaften, tiefes Verständnis der Dichtung, Veridifizierung des Einzelnen wie des Ganzen, seltene Ausdauer. Ueber seine Vorlesungen im Schelling'schen Hause in München, wo er im Winter 1808 zu Gast war, schrieb Caroline an Pauline Götter: „Statt der großen Spectacle hätten wir hier ein kleines, aber exquisites, Tieck nämlich, der Luftspiele vorliest und schon manchen Abend in die Täuschung versetzt hat, als wären wir vor einer Bühne, auf der alle Rollen aus unsererleiste besetzt wären. Schon ehemals las er gut, aber es ist jetzt das Beste, was man in der Art genießen kann, und eigentlich etwas ganz Einziges. Er macht die Stille erst, indem er sie so ließt.“ „Es läßt sich“, meinte Schelling, „kein königlicher Betrug denken, als eine Gozische Komödie von ihm vorgelesen und improvisiert zu hören.“ Weithin berühmt wurden die dramatischen Vorlesungen, die Tieck in seinem Hause in Dresden, wohin er 1819 übergesiedelt war, abhielt. „Längst waren sie“, so lesen wir in Rudolf Köpkes Biographie, „mehr gewesen als eine anregende Unterhaltung für die Familie und die nächsten Freunde. Sie waren eine Vermittlung für fernstehende, ein künstlerisches Vorbild für Schauspieler, Gegenstand der Bemoderung oder Neugier für Fremde, und Mittelpunkt der Gesellschaft. Ihr Ruf ging weit über Dresden hinaus, und Tiecks Meisterhaftigkeit im dramatischen Lesen wurde vielleicht ebensolowiel dazu bei, ihn zur öffentlichen Person zu machen, wie sein historischer Ruhm. Seine Vorlesungen wurden zu Dresdens Werkwürdigkeiten gezählt. Bismarck fragten sogar die Lohnbedienten der Gastschiffe im Namen angekommener Fremden an, ob heute abend Vorlesung sein werde. Man sprach von ihnen, wie von der Gemäldenalerie oder dem Theater. Wer nach Dresden kam, mußte Tieck besucht, irrendem seine Vorlesungen gehört haben, das war unerläßlich.“ Tieck las Stücke von Schafepare, Goethe (jedoch nicht den zweiten Teil des „Kauk“), Schiller, Calderon, Solberg, Sophokles, Euripides und Aristophanes, sowie auch eigene Werke. „Nächst er sich ganz kräftig, so konnte er wohl zwei fünfaktige Dramen: eine Tragödie und ein Lustspiel ohne größere Pause oder merkwürdige Ermattung hintereinander lesen.“

In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts ließ, ein wandernder Rhapsode, Wilhelm Jordan seinen „Räuberungen“ die Macht seiner Rede



Um die Koalition in Baden.

Heute in acht Tagen tritt der Badische Landtag wieder zusammen und zwar zunächst, um die neue Regierung zu bilden. Im letzten Jahre hatten wir bekanntlich eine Zweiparteienregierung: Zentrum und Sozialdemokratische Partei stellten die Minister und die Staatsräte. Vor Jahresfrist sagte man, es handle sich um ein Provisorium. Tatsächlich wurde auch ein Ministerposten unbesetzt gelassen, der des Unterrichtsministers; dieses Ministerium ließ man durch den Minister des Innern Kemmele verwalten. Das Provisorium blieb das ganze Jahr über bestehen. Je näher der 23. November und mit ihm der Beginn der Landtagssession heranrückt, desto größer an Zahl werden die Gerüchte und Kombinationen über die wahrscheinliche Zusammensetzung der neuen Regierung. Da konnte man z. B. hören, daß Minister Kemmele für die Stelle des Präsidenten des Gewerbeaufsichtsamtes auszuweichen sei und der Inhaber dieses Postens Engler Kultusminister werde. Diese Meldung wird von zukünftiger Seite als unrichtig bezeichnet. Weiter hieß es, die Weimarer Koalition werde wieder ins Leben gerufen, während andere Bestimmtes über die Große Koalition zu erzählen wußten. In Wirklichkeit ist die augenblickliche Lage diese: Die Demokratische Landtagsfraktion war am Montag im Anschluß an die Sitzung des Landständischen Ausschusses im Landtagsgebäude versammelt. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion und die Zentrumsfraktion werden am Dienstag und am Mittwoch zu einer Sitzung zusammenzutreten. Erst in diesen Sitzungen wird die Frage der Regierungskoalition erörtert werden. Daher entbehren alle oben angedeuteten Mutmaßungen jeglicher Grundlage.

Die Gemeindevahlen.

Weitere Teilergebnisse. Landeskommissariat Karlsruhe.

Hagsfeld. Wahlbeteiligung 71 Proz. Sozialdemokraten 484 - 24 (23 Sitze), 3 (3 Gemeinderäte), Kommunisten 140 = 7 (9 Sitze), 1 (1 Gemeinderat), Wirtschaftliche Bürgervereinigungen 358 = 18 (15 Sitze), 2 (2 Gemeinderäte). Spö. Sozialdemokraten 204, Bürgerl. Vereinigung 462 Stimmen. Wahlbeteiligung 62 Proz. Anielingen. Wahlbeteiligung 62 Proz. Sozialdemokraten 369 gleich 17 Sitze, Landbund 378 = 17 Sitze, Kommunisten 183 = 8 Sitze, Bürgervereinigungen 214 = 10 Sitze. Zentrum 38 = 1 Sitze. Liberale Vereinigung 149 = 7 Sitze. Teufschneuren. Bürgerliche Vereinigung 448 Stimmen, Demokraten 194, Sozialdemokraten 162, Kommunisten 53. Forchheim. Wahlbeteiligung 80 Proz. Sozialdemokraten 532 Stimmen = 18 Gemeindevorordnete und 2 Gemeinderäte; Zentrum 384 Stimmen = 20 Gemeindevorordnete, 3 Gemeinderäte; Demokraten 211 Stimmen = 10 Gemeindevorordnete, 1 Gemeinderat; Kommunisten 67 Stimmen. Da die kommunistischen Stimmzettel nicht den Wahlvorschriften entsprachen wurden die Stimmen für ungültig erklärt. Walsch bei Ettlingen: Zentrum 458, Sozialdemokraten 311, Wirtschaftliche Vereinigung 281; Demokraten 25; Kommunisten 83. (Landtagswahl 1925: Zentrum 487; Sozialdemokraten 15; Wirtschaftliche Vereinigung -; Demokraten 13; Kommunisten 3.) Durmersheim: Wahlberechtigt 2400. Abgegebene Stimmen 1211. Zentrum 333 (1922: 260); Bürgervereinigungen 372 (445); Sozialdemokraten 179 (197); Kommunisten 180 (185); Kriegsbeschädigte 147 (12). Pfittersdorf: Zentrum 224 = 3 Sitze; Wirtschaftliche Vereinigung 24 = 1 Sitze; Sozialdemokraten 78 = 1 Sitze; Kommunisten 59 = 1 Sitze; Deutsche Volkspartei 6; Demokraten 9 Stimmen. Schlüttenbach bei Ettlingen. Die Wahl zum Bürgerausschuß war unnötig, da sich die Parteien auf eine Einheitsliste geeinigt hatten. Sozialdemokraten und Bürgerliche je 3 Gemeinderäte. Jöbblingen bei Durlach. Bürgervereinigungen 900 Stimmen, Zentrum 302, Kommunisten 206, Sozialdemokraten 96. Kiefingen. Zentrum 132 Stimmen = 10 Gemeindevorordnete, 2 Gemeinderäte, Deutschnationale 56 Stimmen = 5 Gemeindevorordnete, 1 Gemeinderat, Sozialdemokraten 54 Stimmen = 4 Gemeindevorordnete, 1 Gemeinderat, Katholische Bürgervereinigungen 51 Stimmen = 3 Gemeindevorordnete, 1 Gemeinderat. Landbund 150 Stimmen = 11 Gemeindevorordnete, 3 Gemeinderäte. Bürgervereinigungen 43 Stimmen = 3 Gemeindevorordnete, keinen Gemeinderat. Eppingen. Sozialdemokraten 283 Stimmen = 2 Gemeinderäte. Zentrum 189 Stimmen = 1 Gemeinderat. Freie Arbeiterkraft 74 Stimmen, keinen Gemeinderat. Freie Mittelhandspartei 244 Stimmen = 2 Gemeinderäte. Landbund 329 Stimmen = 3 Gemeinderäte. Demokraten 215 Stimmen = 2 Gemeinderäte. Zillingen, bei Eppingen. Arbeiterpartei 101 Stimmen = 9 Gemeindevorordnete, 1 Gemeinderat. Bürgerpartei 108 Stimmen = 10 Gemeindevorordnete, 2 Gemeinderäte. Landbund 58 Stimmen = 3 Gemeindevorordnete, 1 Gemeinderat. Bürger- und Bauernpartei 135 Stimmen = 12 Gemeindevorordnete, 2 Gemeinderäte. Wahlbeteiligung 60 Prozent. Riehen, bei Eppingen. Zentrum und Arbeiterpartei 17 Gemeindevorordnete und 3 Gemeinderäte. Bürgerliche Vereinigung 19 Gemeindevorordnete, 3 Gemeinderäte. Wahlbeteiligung 75 bis 80 Prozent. Sulzfeld, bei Eppingen. Sozialdemokraten 288 Stimmen = 15 Gemeindevorordnete, 2 Gemeinderäte. Bürgervereinigungen 199 Stimmen = 10 Gemeindevorordnete, 2 Gemeinderäte. Landbund 306 Stimmen = 16 Gemeindevorordnete, 3 Gemeinderäte. Kommunisten 141 Stimmen = 7 Gemeindevorordnete, 1 Gemeinderat. Gemmingen, bei Eppingen. Vereinigte Bürger, Bauern, Handwerker und Arbeiterpartei 149 Stimmen = 14 Gemeindevorordnete, 2 Gemeinderäte. Bürger- und Bauernpartei 22 Gemeindevorordnete, 5 Gemeinderäte. Nationalsozialistische Partei 9 Stimmen. Wiesloch. Neue Bürgerliche Vereinigung 264 Stimmen = 7 Sitze. Bürgerblock 782 Stimmen = 21 Sitze. Zentrum 620 Stimmen = 17 Sitze. Sozialdemokraten 571 Stimmen = 15 Sitze. Die Stimmzahl der Parteien hat sich gegenüber der Wahl 1922 nur unwesentlich geändert. Walldorf, bei Wiesloch. Landbund 144 Stimmen, Zentrum 529, Freie Bürgervereinigungen 600, Evangelische Arbeiterpartei 174, Vereinigte Arbeiterpartei 252. Gaggenau. Die Wahlen zum Bürgerausschuß und Gemeinderat verliefen ruhig. Es haben 80 v. H. der Wahlberechtigten abgestimmt. Gemeindevorordnete 700 (21 Bürgerausschußmitglieder, 3 Gemeinderäte), Sozialdemokraten 573 (17 bzw. 2), Kleinbürgerpartei 110 (13 bzw. 2), Zentr. 310 (9 bzw. 1). Der Wahlkampf war hier sehr hartnäckig. Landeskommissariat Mannheim.

Die Finanzlage Badens.

Weniger Einnahmen - steigende Ausgaben

In der gestrigen Sitzung des Landständischen Ausschusses machte Finanzminister Dr. Köhler u. a. folgende Ausführungen: Die Finanzlage unseres Landes ist ernst und bedarf aufmerksamster Beobachtung. Nach den Ergebnissen des ersten Halbjahres vom 1. April bis 30. September 1926 ergaben, verglichen mit den Voranschlagsätzen für den betreffenden Zeitraum, die Anteile des Landes an Reichsteuern allerdings ein Mehr von insgesamt 2 Millionen. Dem stehen aber weniger Einnahmen gegenüber und zwar bei der Grund- und Gewerbesteuer in Höhe von 2 Millionen. Die Gebäudebesondersteuer hat im gleichen Zeitraum 5,9 Millionen weniger gebracht. Nach Abzug des Anteils der Wohnungsfürsorge bedeutet das allein für den Staat einen Ausfall von 2,8 Millionen. Gründe: Die Erhöhungen des Gesetzes vom Juni 1926 sind bis jetzt nur in geringem Maße zum Ausdruck gekommen; andererseits wirken sich die neu eingeführten Befreiungen viel umfassender aus, als angenommen war. Bei den Domänen und Forsten sind die halbjährigen Voranschlagsätze auch nicht erreicht worden; das Ertragsrisiko bleibt um 3,8 Millionen zurück. Die Martingefälle und die hauptsächlich im Winter stattfindenden Holzverkäufe werden, wie ich hoffe, den Ausgleich bringen. Bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung werden die Beiträge der Gemeinden zur Landstraßenunterhaltung erst gegen Jahresende angefordert, während die großen Kosten für die Straßenunterhaltung laufend verausgabt werden. Deshalb ist jetzt auch hier ein Manko von gegen 2 Millionen. Die Sporteln und Zustufungsfälle haben die Voranschlagsätze überschritten. Sie werden aber teilweise wieder aufgezehrt durch die erhöhten Kosten für Dienstauschüssen zum Zwecke der Durchführung des Aufwertungsgesetzes. Sind so die Einnahmen spärlicher geflossen, so haben die Ausgaben eine außerordentlich starke Tendenz zur Steigerung gezeigt. Wie jedes Mal zu Anfang des ersten Budgetjahres mußten eine Reihe von Zuschüssen usw. alsbald in voller Höhe geleistet werden. Außerdem aber hat die fortwährende Erwerbslosigkeit unseren Etat schwer belastet. Von den insgesamt vorgesehenen Mitteln für die unterstehende Erwerbslosenfürsorge in Höhe von 11,9 Millionen mußten im 1. Halbjahr bereits 9,6 Millionen ausgegeben werden. Aus dem gleichen Grunde stiegen die Aufwendungen für Wohnungsfürsorge und öffentliche Fürsorge. Der Hagelversicherungsfonds bedurfte eines nicht vorgesehenen Zuschusses von 1,1 Millionen. Die im außerordentlichen Etat für zwei Jahre vorgesehenen Ausgaben für Bauten usw. mußten zu einem erheblichen Teil bereits in den abgelaufenen Monaten geleistet werden. Die Geldwirtschaft des Staates war deshalb außerordentlich knapp. Dazu kam noch, daß die Aufwendungen für den Umbau unserer Landstraßen bereits auf über 3 Millionen gestiegen sind, während ich es bisher nicht für angebracht hielt, bei der gespannten Marktlage an den Anleihemarkt zu gehen. Außerdem wurde im Finanzjahr unser ganzer umlaufender Betriebsfonds mit sämtlichen Aktiv-Resten zur Dedung des Fehlbetrages eingestellt. Diese Reste gehen aber natürlich nur lang-

sam ein. Weiterhin wurden für die Wohnungsfürsorge fast 5 Millionen vorzugsweise auf das Konto der Ertragsrisse der Gebäudebesondersteuer verwendet.

Diese Gesamtlage erfordert höchste Zurückhaltung in allen Ausgaben. Die im Staatsvoranschlag vorgesehenen Ausgabeblöcke müssen unter allen Umständen eingehalten werden. Eine fortlaufende strenge Kontrolle sorgt dafür, daß dem auch wirklich so ist. Für neue Ausgaben wird keinerlei Raum sein. Überall wird man sich dieser Tatsache bewußt werden und danach handeln müssen. Nur unter dieser Voraussetzung hoffe ich, daß wir die Budgetperiode ohne Fehlbetrag abschließen werden, wenn man uns im prov. Finanzausgleich einigermassen entgegenkommt.

Die wirtschaftlichen Unternehmungen, die ganz im Staatsbesitz sind oder an denen der Staat namhaft beteiligt ist, haben im allgemeinen zufriedenstellend gearbeitet. Das Badenwerk steht fest gegründet und erfüllt die ihm nach dem Gesetz zukommenden Aufgaben zur vollen Zufriedenheit. Bei der Gründung des größten Kraftwerkes am Oberrhein bei Schwörstadt hat das Badenwerk die Vertretung des badischen Staates übernommen und sich mit 25 Prozent beteiligt. Die Frage der Elektrifizierung der Hauptbahnen in Baden wird von der Regierung nicht vernachlässigt; sie steht hierwegen in ständiger Verbindung mit den maßgebenden Stellen. Beim Kaliwerk in Buggingen ist nunmehr auch der zweite Schacht auf das Kalilager gekommen. Die Querverbindung zwischen den beiden Schächten ist hergestellt. Die Kaliprüfungstelle war in der letzten Woche in Buggingen zwecks Erteilung der vorläufigen Beteiligungsquote auch für den zweiten Schacht. Bei der vorzüglichen Beschaffenheit und Mächtigkeit des Kalilagers darf angenommen werden, daß die zu erzielende Quote unseren Wünschen entgegenkommt. Auch die übrigen Staatsunternehmungen, insbesondere die Salinen, arbeiten gut. (Was der Finanzminister über die Stellung Badens zur Frage der Regelung des Finanzausgleichs gesagt hat, finden unsere Leser auf Seite 1 dieses Blattes.)

Landständischer Ausschuß.

Der Landständische Ausschuß war gestern zu einer Sitzung versammelt, die vom Landtagspräsidenten Dr. Baumgartner eröffnet und geleitet wurde. Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtete der Zentrumsabgeordnete Seubert über die Rechnung der Amortisationskasse für das Jahr 1925. Daran knüpfte sich eine längere Aussprache. Der demokratische Abgeordnete Dr. Goddener erstattete den Bericht über die Rechnung des Domänengrundstocks, der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Marum jenen über die Eisenbahnschuldentilgungskasse. Nach einer Mitteilung des Präsidenten der Staatschuldenverwaltung sind 23 200 Ansuchen auf Gewährung von Vorzugsrenten für die Staatspapiere eingegangen. Davon sind 15 400 von der Reichsaufwertungsstelle beantwortet. 1500 bereits mit einem Betrage von 1 1/2 Milliarden ausbezahlt, rund 7700 harren noch der Erledigung, die sich bis Ende Februar hinziehen dürfte. - Abg. Seubert berichtete schließlich über den Verwaltungsaufwand des badischen Staatsministeriums. - Beanstandungen wurden gegen keinen der Berichte erhoben. Danach äußerte sich Minister Dr. Köhler über die badische Finanzlage.

Sachsenheim, bei Mannheim. Sozialdemokraten 818 Stimmen = 19 Gemeindevorordnete. Zentrum 902 Stimmen = 21 Gemeindevorordnete. Wirtschaftliche Vereinigung 772 Stimmen = 18 Gemeindevorordnete, Kommunisten 116 Stimmen = 2 Gemeindevorordnete. Hohenheim: Soz. 427, Zentrum (hatte sich in zwei Gruppen geteilt) 1788, Zentr. II 690, Demokr. 182, Komm. 270; Bürgervereinigungen 1362. Sitze: Soz. 7, Zentr. I 13, II 11, Dem. 3, Komm. 4, Bürgervereinig. 22. (Landtagswahlen 1925: Soz. 413, Zentr. 1118, Dem. 97, Komm. 161, D. Vp. 448 und Rechtsbl. 275). Ludwigsburg: Soz. 571, Ztr. 481, Dem. 238, Komm. 281, Bürgerpartei 602, Liberale 166. (Landtagswahl 1925: Ztr. 689, Soz. 640, Dem. 196, Komm. 164, D. Vp. 235, Rechtsl. 291). Weinheim: Wahlbet. 55 Proz., Soz. 1173 = 15 Sitze, Ztr. 690 = 8 Sitze, Komm. 905 = 11 Sitze, Gemeindevorl. 1247 = 16 Sitze, Bürgerverein 1235 = 15 Sitze, Nat.-Sozialisten 347 = 4 Sitze, Aufbauvereinigung 259 = 3 Sitze. (Landtagswahl 1925: Soz. 1484, Zentr. 694, Komm. 1039, Dem. 673, Deutsche Volkspartei 804, Rechtsbl. 1001, Wirtschaftl. Vgg. 186, Nat.-Sozialisten 327). Gerbshausen: Nat.-Soz. 184, Soz. 649, Bürgerl. Vgg. 797, Ztr. 447, Mieterpartei 126, Parteilohe 605. Wosbach. Sozialdemokraten 230 Stimmen = 7 Sitze (bisher 11); Kommunisten 81 Stimmen = 2 Sitze gegen bisher 2. Dt. Volkspartei 218 Stimmen = 7 Sitze gegen bisher 6. Zentrum 717 Stimmen = 24 Sitze bisher 11. Demokraten 291 Stimmen gleich 9 Sitze, bisher 12. Bürgerliche Nationalvereinigung 347 Stimmen = 11 Sitze gegen bisher 9. Tauberbischofsheim: Gemeindevahlen: Zentrum 574, Freie Vereinigung 366, Gemeinnützige Vereinigung 289, Bauernpartei 202, Bauerngruppe 205, Soziald. 103. Wahlbeteiligung 85 Prozent. Es erhalten Sitze: Zentrum 4 (war seit 1922 auf dem Rathaus nicht vertreten), Freie Vereinigung 2, Gemeinnützige Vereinigung 2, Bauernpartei 1, Bauerngruppe 1, Soz. 1. Bei den Wahlen zum Bezirksrat wurden in der Stadt Tauberbischofsheim abgegeben: Zentrum 735, Zweierband 397, Bauernpartei 281. Landeskommissariat Freiburg. Bühl. Von 2721 Wahlberechtigten haben bei den Gemeindevahlen 1863 abgestimmt. Es erhielten: Soz. 101, Arbeiteropposition 57, Zentrum 734, Gemeindevorl. 675, haben insgesamt 1567 Stimmen. - Bei den Bezirksratswahlen haben 1655 Wahlberechtigte gültig abgestimmt, davon Bürgerl. Vgg. 71, Soz. 141, Komm. 60, Gebirgsgemeinde des Amtsbezirks Bühl 21, Demokraten 196, D. Vp. 174, Zentrum 992. Die Zahl der abgegebenen Stimmen bei den Kreisratswahlen betrug 1594, davon Bürgerl. Vgg. 23, Soz. 125, Komm. 57, Demokraten 123, Deutsche Volkspartei 282, Zentrum 984. Murnau. Wahlbeteiligung 40 Prozent. Zentrum 443 Stimmen = 23 Sitze, Sozialdemokraten 305 Stimmen = 16 Sitze. Dt. Volkspartei 156 = 8 Sitze, Demokraten 137 = 7 Sitze, Deutschnationale 120 = 6 Sitze. Zentrum hat 4 Mandate, die Demokraten 1 Mandat eingebracht, Dt. Volkspartei 3 bis 4 Mandate gewonnen. Murnau. Bürgerliche Vereinigung 154 Stimmen für Bezirksrat und 35 Stimmen für Kreisrat, Sozialdemokraten 293 bzw. 274, Kommunisten 18 bzw. 25, Gebirgsgemeinden 3, Demokraten 132 bzw. 147, Dt. Volkspartei 125 bzw. 221. Zentrum 473 bzw. 473. Menden. Wahlbeteiligung etwa 30 Prozent. Bürgerpartei 325 Stimmen. Wirtschaftliche Vereinigung 142. Kommunisten 129. Oppenau. Zentrum 17 Gemeindevorordnete (wie bisher), Freie Bürgervereinigungen 18 (wie bisher), Sozialdemokraten 13 (12). Oppenau. 484 Bürgerliche für Bezirksrat, für Kreisrat 397. Sozialdemokraten für Bezirksrat 176, für Kreisrat 170. Offenburg, (Berichtigtes Wahlergebnis). Die Verteilung der 72 Stadtvorordneten erfolgt folgendermaßen: Zentrum 28, Sozialisten 11, Deutschnationale 5, Kommunisten 3, Liberale Volkspartei 4, Demokraten 10, Mieterverein 11, Demogesch. erhalten Stadt-ratsitze: Zentrum 7, Sozialdemokraten 2 oder 3, Deutschnationale 1, Dt. Volkspartei 1, Demokraten 3, Mieterverein 2 oder 3. Freiburg. Zentrum 9128 St. für Bezirkswahlen, 8835 St. für Kreiswahlen. Sozdem. 6707 bzw. 6379. Wirtschaftliche Vereinigung 4175 bzw. 4309. Geschädigte 1739 bzw. 1650. Arbeitsgemeinschaft 3146 bzw. 3093. Kommunisten 1055 bzw. 988. Demokraten 1319 bzw. 1301. Müllheim: Wahlbeteiligung 50 Prozent. Soz.-Dem. 216 = 9 Sitze (269 = 11 Sitze); Zentr. 229 = 9 Sitze (222 = 9 Sitze); Mittelstand 720 = 30 Sitze (früher Bürgerliche und Demokraten zusammen 28). (Landtagswahlen 1925: Soz.-Dem. 183, Zentr. 287, Mittelstand 732.) Müllheim: Gemeindevahlen: S. 216 (9 Sitze), Z. 229 (9), Mittelstandliste 720 (30). Rheinfelden: Wahlbeteiligung 67 Prozent. Soz.-Dem. 828 = 26 Sitze (1922: 596 = 21 Sitze); Deutsche Dem. 378 = 11 Sitze (früher Bürgerliche Liste: 272 = 9 Sitze); Zentrum 617 = 19 Sitze (507 = 17 Sitze); Bürgerverein Kollingen: 153 = 4 Sitze (früher Zentrum Kollingen: 239 = 8 Sitze); Komm. = (164 = 5 Sitze). Die Sitze der Kommunisten sind auf die Soz.-Dem. übergegangen. (Landtagswahlen 1925: Soz.-Dem.: 700, Dem. 399, Zentr. 637, Komm. 92.) Landeskommissariat Konstanz. Dettenberg. Wahlbeteiligung 50 Prozent. Bürgervereinigungen 288 Stimmen = 3 Sitze. Vereinigung der Bürgerpartei 133 Stimmen = 2 Sitze. Volkspartei 11 Stimmen = 1 Sitze. Zell a. H. Zentrum 4 Gemeinderäte, Sozialdemokraten 2, Demokraten 2. Gaisach i. R. Gemeindevahlen: 3. 403 (4 Sitze), Fortschritt. Wahlgemeinschaft 193 (3), S. 86 (1), R. 52 (1). Balingen: Wahlberechtigt 8366. Abgegebene Stimmen 4472. Wahlbeteiligung 57 Prozent. Demokraten 690 = 11 Sitze, bisher 8; Sozialdemokraten 805 = 13 Sitze, bisher 25; Zentrum 1643 = 27 Sitze, bisher 26; Kommunisten 549 = 9 Sitze, bisher keinen. Mittelstandspartei 790 = 12 Sitze, bisher 13. (Landtagswahlen 1925: Demokraten 510; Sozialdemokraten 963; Zentrum 2150; Kommunisten 472; Mittelstandspartei 831. Bärenbach. Gemeinderatswahlen: Zentrum, Bürgerl. Vgg. und Hausbesitzer 321 (3 Sitze), W. Vgg. 269 (2), S. 184 (2), und Christliche Gewerkschaften 156 (1). Furtwangen. Gemeinderatswahlen: 3. 1059 (25 Sitze), S. 563 (15), R. 260 (7), Vereinigte Deutsche Volkspartei und Demokraten 385 (10). Dornorf. Gemeinderatswahlen: S. 80 (1 Sitze), Wirtschaftliche Interessenvereinigung 169 (3), Bauernpartei 64 (1), Z. 256 (5). St. Blasien: Wahlbeteiligung 60 Prozent. Soz.-Dem. 66 = 3 Sitze; Zentr. 371 = 20 Sitze; Erweiterte Deutsche Volkspartei 151 = 8 Sitze; Demokraten 93 = 5 Sitze. (Landtagswahlen 1925: Soz.-Dem. 160, Zentrum 426, Deutsche Volkspartei 54, Dem. 94.) Eugen. Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen ist: Bürgerliche Vereinigung 526 (15 Sitze), Sozialdemokraten 263 (2), Politisch-neutrale Gruppe (Beamte) 238 (2).

Das Sühneraugen-Mittel ist „Cornua“. Erhältlich in den einschlägigen Geschäften









Aus Baden.

Reichslagung der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft.

Unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Brohm...

Brände im Lande.

Kehl, 15. Nov. Zu dem schweren Brandunglück im Borort...

Helsin bei Stodach, 15. Nov. (Brandunglück.) In den...

Ein folgenschwerer Barackenbrand.

Singen a. S., 15. Nov. Heute nacht gegen 2 Uhr entstand...

das ganze aus Holz errichtete Gebäude in Flammen.

Waldorf, 15. Nov. (Die Maul- und Klauenseuche)...

Manheim, 15. Nov. (Eine seltene Art von Lebensrettung)...

Schweigen, 15. Nov. (Sie will keine Prozente, sie will Geld)...

Reichstag die Erhöhung der Unterstützung beschlossen habe...

Katharinenmarkt, 15. Nov. (Katharinenmarkt mit Festzug.)...

Mühlheim, 15. Nov. (Tödlich verunglückt.)...

Lörrach, 15. Nov. (Straßenbahnzusammenstoß.)...

Tab nau, 15. Nov. (Verhaftung.)...

Gerichtszeitung.

Lahr, 15. Nov. In einer hier abgehaltenen außerordentlichen...

Offene Stellen Männlich... Für die Besitze Karlsruhe...

Laufbursche... gesucht, nicht unter 17 Jahren...

Werblich... Suche zu meinen zwei Kindern...

Alle, leistungsfähige Steinhölzfabrik... Provisions-Beretreter...

Beretreter... Ich suche zum Vertrieb meiner hervorragenden...

Bücher-Reisende... Für den Vertrieb eines neuen, außerordentlich...

Zur Karteiführung... ummündigste, längere Kraft in guter Hand...

Jung. Fräulein... für leichte Büroarbeiten, im Maschinenschreiben...

Stellengeluche... Perfekte Einlegerin an Regel u. Schmelzpresse...

Mädchen... Nord-, mit Koch- und Nähtätigkeiten...

Spezial-Reisende... auch Damen allerorts gesucht für den Vertrieb von...

Immer so frisch - Kruschen-Salz erhält den gesunden Menschen frisch...

Zimmer... Gut möbliertes Zimmer mit 2 Betten...

Zimmer... Gut möbliertes Zimmer mit elektr. Licht...

Zimmer... Gut möbliertes Zimmer mit elektr. Licht...

Zimmer... Gut möbliertes Zimmer mit elektr. Licht...

Zimmer... Gut möbliertes Zimmer mit elektr. Licht...

Zimmer... Gut möbliertes Zimmer mit elektr. Licht...

PHANKO Pfannkuch Die ersten 5 Waggon

KONSERVEN Gemüse: Junge Bohnen 70 Pfa., Junge Schnittbohnen 70 Pfa.

FRÜCHTE Blaumen mit Stein 90 Pfa., Mirabellen 1.40, Erdbeeren 2.-

Pfannkuch Gibt deutsche Konferven!

Pfannkuch Gibt deutsche Konferven!











